

MOTION von Martin Arnold (SVP, Oberrieden), Sabine Wettstein (FDP, Uster) und Corinne Thomet (CVP, Kloten)

betreffend Mehr Freiheit für die Erwachsenenbildung Zürich

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Verselbstständigungsvorlage für die Erwachsenenbildung (EB) Zürich vorzulegen.

Martin Arnold
Sabine Wettstein
Corinne Thomet

Begründung:

Der Regierungsrat hat dem Parlament in jüngster Zeit zu Recht einige Verselbstständigungsvorlagen im Bereich der Gesundheitsversorgung oder des Lehrmittelverlags vorgelegt, um damit einerseits Rollenkonflikte für den Kanton zu vermeiden, andererseits aber auch um den Spitälern und Institutionen mehr unternehmerischen Handlungsspielraum zu ermöglichen. Ähnlich verhält es sich in der Weiterbildung. Auch hier tritt der Kanton als Betreiber auf und setzt gleichzeitig wesentliche Rahmenbedingungen fest. Um die Wettbewerbsfähigkeit der EB Zürich in einem kompetitiven Markt auch längerfristig zu sichern, macht es Sinn, auch dieser Institution mehr Freiheit zu gewähren. Die Verselbstständigung würde die Voraussetzung schaffen, damit diese über den notwendigen Handlungs- und Entscheidungsspielraum in allen betrieblichen Belangen verfügt. In der Aus- und Weiterbildung Erwachsener sind Rollenkonflikte des Kantons nicht durch ein anderweitiges öffentliches Interesse zu rechtfertigen und daher zu bereinigen.

Mit Blick auf den geplanten Umzug in die Kaserne Zürich scheint der Zeitpunkt ideal und versetzt den Kanton in die Lage, die Gewährleistung eines marktkonformen Angebots mit den entsprechenden Leistungsvereinbarungen analog zu anderen Marktteilnehmern zu sichern.

EB Zürich soll selbständig werden

Bürgerliche wollen Berufsschule neu aufstellen

asü. · SVP, FDP und CVP drängen auf eine Loslösung der Erwachsenenbildung Zürich vom Kanton. In einer Motion fordern sie den Regierungsrat auf, eine Verselbständigungsvorlage für die kantonale Berufsschule für Weiterbildung vorzulegen. Heute trete der Kanton als Betreiber auf und lege gleichzeitig die Rahmenbedingungen fest. Um die Wettbewerbsfähigkeit der EB Zürich längerfristig zu sichern, sei es sinnvoll, auch dieser Institution mehr Freiheiten zu geben. Im Bereich der Gesundheitsversorgung und des Lehrmittelverlags habe der Regierungsrat in jüngster Zeit zu Recht bereits Verselbständigungen in die Wege geleitet und den betroffenen Institutionen mehr unternehmerischen Spielraum gewährt.

SVP-Kantonsrat Martin Arnold, Erstunterzeichner der Motion, sieht eine Loslösung vom Kanton als Basis dafür, dass sich die EB auf ein marktgerechtes Angebot fokussieren könne. Angebote wie Deutschkurse für Fremdsprachige, die dem Kanton wichtig, aber nicht marktfähig seien, könne er bei einer autonomen EB Zürich immer noch über Leistungsvereinbarungen bestellen. Der Zeitpunkt für eine Verselbständigung ist laut Arnold ideal, da die Berufsschule in die Kaserne in Zürich ziehen soll: «Eine Verselbständigung würde klare Verhältnisse schaffen, die EB Zürich könnte die Räumlichkeiten zu marktüblichen Preisen mieten.»

Bei Esther Guyer, Fraktionschefin der Grünen und Mitglied der Schulkommission der EB Zürich, kommt die Idee der Bürgerlichen gut an. Die Forderung sei prüfenswert: «Mehr Selbständigkeit und Unabhängigkeit macht kreativ.»

Unabhängig von der Rechtsform ist die EB gefordert, ihre Strukturen zu überdenken. Zuletzt war sie im Zusammenhang mit der Absetzung der damaligen Rektorin in den Schlagzeilen (NZZ 12. 2. 15). Nach rechtlichen Auseinandersetzungen rehabilitierte der Regierungsrat die Rektorin: Sie habe strukturelle und kulturelle Probleme der Schule angegangen, sei aber auf Widerstand gestossen. Die EB Zürich ist die grösste und in dieser Form einzige von der öffentlichen Hand getragene Weiterbildungsinstitution der Schweiz.